

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1909. Nr. 84.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 202.

Zweite Ausgabe

Freitag, 19. Februar 1909.

Druckerei für Halle a. S.: Verlagsstraße 87, Hinterhaus.  
Telephon 158; Reichs-Telephon 1378. Eing. Nr. Braunschweig.  
Verleger: Dr. Walter Gedenken in Halle a. S.

Abgabegebühren: In halbjährigen Bezügen oder deren Raum 1. Halle a. S. den Sächsischen Kronrat zur Verwaltung der Reichsanstalten 20 Hg., außerdem 20 Hg. Posten an Stelle des rechnerischen Zolls die Halle 100 Hg. Anzeigen-Kannone d. d. Expedition in Halle a. S. u. in allen bekannten Annoncen-Expeditoren.

Geschäftsstelle in Berlin: Poststraße 14.  
Telephon Amt VI Nr. 11 494.  
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

### Die soziale Lage deutscher Privat-Schullehrerinnen.

In allen Schichten der Privatbeamteten regt es sich, ihre soziale Lage zu bessern und zu sichern. Ein Stand, für den es dringend notwendig wäre, Verbesserungen zu erzielen, ist der Stand der Privat-Schullehrerinnen. Die Gehälter sind teilweise durchaus ungenügend. Der Verband der Sächsischen Privat-Schullehrerinnen hat im Dezember 1907 eine Umfrage bei den dortigen Privat-Schullehrerinnen veranstaltet, deren Ergebnisse in Heft 5 Jahrgang 1908 der von Professor W. H. Schmidt herausgegebenen „Frauenbildung“ veröffentlicht sind. Es wurde festgestellt, daß 21 Lehrerinnen einen Jahreslohn von 400 bis 600 Mk. haben, 30 Lehrerinnen von 700 bis 840 Mk., 21 Lehrerinnen von 900 bis 1320 Mk. Dagegen beträgt die Zahl der zu erzielenden Gehältern im Durchschnitt 23. Die Dagesseinnahme einer Privat-Schullehrerin in Slettin beträgt im Durchschnitt 2,15 Mk. Eine Wohnstunde einschließlich der Vorbereitungen und Korrekturen bringt im Gesamtumsatze 34,77 Mk. Jahresseiner. Nicht nur werden durch diese niedrigen Gehälter die Lehrerinnen selbst geschädigt, sondern die Ausbildung der zahlreichen Mädchen leidet darunter, die auf den Besuch der Privat-Schulen angewiesen sind. Es ist unmöglich, die Arbeit ununterbrochen zu betreiben, wenn die Lehrerinnen wegen des unzureichenden Gehältes auf Nebenverdienst außer ihrer Schul-Arbeit angewiesen sind. Daher liegt hier ein offenkundiges Interesse vor, und der Staat hätte die Pflicht, über die Erteilung von Konzessionen oder Subventionen an Privat-Schulen sich darum zu kümmern, ob auch für ausreichende Wohnung und Sicherstellung der Lehrkräfte gesorgt ist. Ein Gehalt aus Slettin, die selbst 30 Jahre im Privat-Schulwesen verbracht hat, macht zur Befreiung der Lage der Privat-Schullehrerinnen einige Vorschläge, die gerade jetzt in Anbetracht der Währungsreform durchzuführen sein soll, sehr zeitgemäß sind und daher besondere Beachtung verdienen. Sie fordert: Das Unterrichtsministerium möge die Erteilung der Konzession als höhere Schule und die eventuelle Subventionierung von Privat-Schulen an die Bedingung der Einföhrung von Normal-Verträgen knüpfen, die a) einen Minimallohn als Jahreslohn pro Wohnstunde festlegen; b) den Privat-Schullehrerinnen die Sicherstellung in Krankheitsfällen gewähren durch Bestimmungen, welche dem Krankenversicherungsgesetz und dem § 63 des Handelsgesetzbuchs entsprechen unter Anwendung an ihre Berufsstellung; c) die Altersversorgung der Lehrkräfte durch Einzahlung von Seiten der Schule und der Lehrkräfte regeln bis zur vollständigen Regelung der Altersversicherung der Privatbeamteten. In ähnlichem Sinne hätten auch die Magistrate die eventuelle Gewährung von Subventionen an die Privat-Schulen an die Bedingung zu knüpfen, daß wie oben ausgeführt, die Lage der Lehrkräfte gesichert wird. Schließlich wäre von den Lehrkräften zu fordern: a) Unterstellung der Privat-Schullehrerinnen unter das Krankenversicherungsgesetz; b) gesetzliche Bestimmungen, welche bei Berücksichtigung der höheren Berufsstellung dem § 63 des Handelsgesetzbuchs entsprechen.

### Deutsch-englische Abmachungen in Marinefragen?

Im englischen Unterhaus fragte in der Sitzung am Donnerstag der liberale Vizepräsident des Premierminister, ob keine Aufmerksamkeit auf die Anregungen nicht in ähnlicher Art gerichtet habe, die von einflussreichen Persönlichkeiten in Deutschland ausgingen und auf die Möglichkeit eines deutsch-englischen Abkommens betreffend die Flottenrüstungen abzielen, unter der Bedingung, daß England das bekannte Veto seiner Schiffsbauten möge. Ferner fragte, ob es der Wunsch des Königs in England erloschen lasse, daß irgend eine derartige Abmachung eingeleitet werde. — Premierminister Lloyd George erwiderte: Wir sind die von Völkern erregten nichtamtlichen Anregungen nicht zu Ohren gekommen; ferner ist unrichtig, daß die deutsche Regierung an den Gesichtspunkten fest, die sie uns bekannt sind, daß nämlich die Marineprogramme ihren eigenen Bedürfnissen gemäß festgelegt ist und durch das Veto nicht in geringerer Weise beeinträchtigt werden können. Sie ist auch der Meinung, daß es notwendig ist, über diejenigen Schritte nach, die wir zum Schutz unserer eigenen Interessen für notwendig halten. Dabei ist mir in Berlin zu keiner Abmachung gekommen. Ich vertraue aber darauf, daß der Wunsch des Königs es klar gemacht hat, daß die Flottenausgaben nicht aufgeschoben werden dürfen, als ob sie irgend eine andere weitere Frage von Völkern: Sollen wir annehmen, daß die Flottenbauprogramme der beiden Mächte ein Wettstreit bedingt und daß die Flottenstärke der einen davon abhängt, was die andere tut? erwiderte

Asquith: Ich wünsche nicht, daß das angenommen wird oder irgend etwas anderes, was ich nicht gesagt habe. (Gelächter.)

### Zur Beurteilung der Arbeitslosenämlichkeit.

für die Staaten und Gemeinden erhebliche Opfer bringen, ist folgender Vorschlag lehrreich, den der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Dresden bekannt gibt: „Ein Mitglied des Verbandes führt zuerst in Niederösterreich einen Villenbau aus. Dasselbe legte dieser Tage sämtliche dort beschäftigte Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter die Arbeit nieder, weil unter den Bauern sich ein Arbeiterverband gebildet hat, mit dem die übrigen organisierten Arbeitnehmer das Zusammenarbeiten verweigerten, und weil dieser Arbeiterverband von der Bauzeitung nicht erlöset wurde. Wenn nun dieses Gebaren zunächst gegen § 10 des erst im vorigen Sommer zwischen dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Dresden und den Gewerkschaften der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter geschlossenen Tarifvertrages verstößt, was es ausdrücklich heißt: Das Zusammenarbeiten mit anderen oder nichtorganisierten Arbeitern auf ein und derselben Baustelle darf nicht beanstandet werden, so wird es jeden Fall unehrenhaft, daß bei einer so großen Arbeitslosigkeit wie in diesem Winter solche ungebührliche Arbeitseinstellungen noch vorkommen. Mit der Arbeitseinstellung noch nicht genug, stellen sich nun die streikenden Leute in unmittelbarer Nähe des Baues als Streikposten auf, die andere, von der Bauzeitung neu angenommene arbeitsfähige Leute auch noch von der Arbeit zurückhalten oder Arbeitslosende zu bestimmen suchen, an diesem Bau nicht zu arbeiten.“

Trotzdem wird aber von allen Seiten den Arbeitseinstellungen in Betrieben, als auch in öffentlichen Versammlungen über Arbeitsnot geklagt, es werden gewerkschaftliche Arbeitslosendemonstrationen im großen Maßstabe unternommen, ja sogar durch Unzählige wurde es kundgegeben. Die Behörden werden zur Zwangserrücknahme von Notstandsarbeiten aufgefordert, kurzum, nichts wird von Seiten der Arbeitnehmer unversucht gelassen, die wirkliche Arbeitslosigkeit nachzuweisen, und trotz alledem werden Streiks, wie der vorbeschriebene, ohne die geringste Veranlassung dazu in solchen Zeiten der Not in Szene gesetzt.

Man sieht — so beneckt die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ — aus dem Gange der ganzen Angelegenheit, daß die Führer der Gewerkschaften, welchen zweifellos an derartigen Vertragsbrüchen durchaus nichts gelegen ist, die Masse nicht recht in der Hand haben. Die Disziplin der Leute läßt zu wünschen übrig. Unter solchen Umständen muß man sich wohl die Frage vorlegen, ob es überhaupt vorteilhaft ist, wenn die Arbeitgeber Tarifverträge schließen. Wenn jetzt in der Zeit größerer Arbeitsmangels derartige Vertragsbrüche vorkommen, wie soll es dann werden, wenn es viel Beschäftigung gibt? Würde den am vorgenannten Bau beschäftigten Leuten durch Lohn- oder Arbeitsverhältnisse irgendwelche Veranlassung zur Arbeitsüberlegung gegeben worden sein, so läßt sich trotz der ungenügenden Zeitverhältnisse irgendwelche Veranlassung hierzu nicht heranzustellen, aber so ist alles durch den Tarifvertrag geregelt und die Bauzeitung ist von den Bestimmungen des letzteren auch in keiner Weise abgelenkt. Bei den Arbeitslosendemonstrationen aber figurieren auch solche Leute, die aus Übermut ihre gut gelohnte Beschäftigung aufgeben und andere, die nach Beschäftigung suchen, davon abhalten, als „unerschöpfte Arbeitskräfte“ in den Händen, ebenso wie diejenigen „Arbeiter“, die einen grundsätzlichen Abscheu vor gereizter Tätigkeit haben. Unter solchen Umständen ist es nicht schwer, eine große Arbeitslosenämlichkeit zustande zu bringen.

### Vom Balkan.

Aus Szwonil wird gemeldet, daß am Mittwoch in der Nähe von Rampos von serbischen Bewohnern, angeblich Bauern, vom serbischen Ufer aus auf eine Unteroffizierspatrouille vier Schiffe abgefahren worden sind. Der Patronen für diese vier Schiffe zurückgeben. Als die Patrouille ihren Weg fortsetzte, wurden serbischerseits noch zwei Schiffe abgefeuert. Von der Patrouille ist niemand verletzt. Ob serbischerseits jemand verletzt wurde, ist unbekannt. Nach einer Meldung aus Serajewo berichten die Grenzpolizisten, daß der Vorkant österreichischer Waren im Sandsthal gänzlich aufgehört hat.

Der fürstliche Großwesir hat am Mittwoch strenge Befehle zum Auge der Ausschiffung der Postpakete in Beirut, Jaffa und an anderen Orten gegeben. Eventuellen Ausbreitungen solle mit Waffengewalt entgegengetreten werden.

In der serbischen Stupschina wurde die Beratung über die Antwort des Sandwitschensministers auf eine Interpellation nach mehrtägiger Dauer geschlossen. Heute nach dem Schlußwort des Ministers wird die Abstimmung über das von dem Altpräsidenten Trifunowitsch beantragte Ministerkabinet zu erfolgen. Im Fall der Annahme ist der Ausbruch einer ersten inneren Krise zu gewärtigen.

### Deutsches Reich.

\* Ein Kronrat. Am Donnerstag hat im königlichen Schloße zu Berlin unter dem Vorsitz Seiner Majestät ein Kronrat zur Beratung der Verwaltungsreorganisationsfrage stattgefunden.

\* Hofantrag. Der königliche Hof in Berlin legt für den verstorbenen Großfürsten Bladimir Alexandrowitsch zehnjährige Trauer, bis einschließlich 27. Februar, an. Der Hofball am 28. Februar findet deshalb nicht statt.

\* Eine Unabeherrschtheit des „Matin“. Im Anschluß an die Veröffentlichung des Glückwunschtelegramms des Kaisers an den Fürsten Radolin hatte der Berliner „Matin“ behauptet, daß im Jahre 1905 die deutsche Diplomaten, die Umgebung des Kaisers, ja die gesamte deutsche Armee den Krieg erwünscht hätten. Demgegenüber bemerkt die „Allg. Ztg.“: „Es ist vollständig richtig, daß der Kaiser nicht nur während der marokkanischen Wirren, sondern auch schon vorher befriedigende Beziehungen zu Frankreich als ein erstrebenswertes Ziel der deutschen Politik betrachtet hat, aber es ist vollständig a b r, daß im Jahre 1905 deutsche Diplomaten, die Umgebung des Kaisers und die deutsche Armee den Krieg gegen Frankreich gewünscht hätten. Zu wiederholten Malen sah die Politik ja recht unerfreulich aus, doch die für die deutsche Politik wirklich maßgebenden Persönlichkeiten haben in keinem Augenblicke den Krieg gegen Frankreich als etwas Unwünschenswertes betrachtet, sie waren im Gegenteil einzig mit dem Kaiser in der Betreibung einer durchaus friedlichen Politik. Die deutsche Armee hat nicht die Gewohnheit, sich in die Politik einzumischen. Aber die Stimmung der Armee als eines kriegerischen und angriffsflustigen darstellbar, der Kaiser hat sie in feinstofflicher Weise. Man darf ruhig sagen, daß, wenn der Kaiser bemerkt und ziemlich ein Friedenstäter gewesen ist, er hierin im Einklang mit dem ungetrübten Wortschatz des deutschen Volkes, die weder im allgemeinen noch aus Anlaß besonderer Zwischenfälle die Entscheidung von Streitfragen durch das Schwert gewünscht hat.“

\* Simon Copper. Der Korrespondent der „Times“ (I) meldet aus Kapstadt: „Ich hatte eine interessante Unterredung mit Herrn Herbst, einem Kapstädter, der mit Lieutenant Surman, einem Provinzialbeamten, und einer Eskorte von sechs Mann von Robbasi nach Zuhutu im Betschuanaland - Protektorat 21 Tage lang „getreift“ war, um Simon Copper zu begegnen, der sich mit 200 (?) seiner Hottentotten eingefunden hatte. Zweck der Mission war, ihn zu bestimmen, sich der Einfälle an der deutschen Grenze künftig zu enthalten, was nach 14 Tage dauernden Unterhandlungen erreicht wurde.“ (I)

\* Lehrerbildungsanstalten in Preußen. Nach den Überprüfungen, die das „Zentralblatt“ veröffentlicht, gab es im Jahre 1908 in Preußen 165 königliche und 2 private Lehrerseminare, 17 königliche Lehrerseminare, 79 staatsliche und 11 städtische Präparandenanstalten. Die Zahl der königlichen Lehrerseminare und der städtischen Präparanden ist dieselbe geblieben wie im Vorjahr. Dagegen ist die Zahl der königlichen Lehrerseminare um 12, die der staatslichen Präparandenanstalten um 3 geblieben. Neu errichtet wurden im Jahre 1908 sieben evangelische Lehrerseminare (Niederrhein, Mittelrhein, Ostpreußen, Pommern, Schlesien, Westfalen und Ostpreußen) und fünf katholische (Westfalen, Pommern, Ostpreußen, Schlesien und Westfalen). Neue staatsliche Präparandenanstalten errichteten zu Koblenz, Brandenburg und Göttingen. Unter den jetzt bestehenden 165 Lehrerseminaren sind 106 evangelische, 55 katholische und 4 protestantische.

\* Verfassungsausschüsse. Bundesratsmann von Brandt, der erst im Vorjahr für eine neue konstitutionelle Antiseprose gewählt worden war, wird, wie die „Königsb. Post“ mitteilt, sein Amt am 1. April niederlegen.

\* Reichsanstaltsbau. Für die freirepublikanische Partei wird, nachdem die Wahl des Abgeordneten Nölle im Wahlkreis Jellertshofen vom Abgeordnetenhaus falliert worden ist, der Reichsanstaltsbau in Jellertshofen wieder landläufig.

\* Reichsanstaltsbau. Für die freirepublikanische Partei wird, nachdem die Wahl des Abgeordneten Nölle im Wahlkreis Jellertshofen vom Abgeordnetenhaus falliert worden ist, der Reichsanstaltsbau in Jellertshofen wieder landläufig.

\* Die Verfassungsreform in Mecklenburg. Der Großerzog von Mecklenburg-Strelitz empfing Donnerstag vormittag im Großerzoglichen Schloße zu Wertheim eine aus neun Personen bestehende Deputation aus Mecklenburg-Strelitz und Mecklenburg-Schwedt, die dem Landesherren eine mit 40 000 Unterschriften bedeckte Petition über die Verfassungsreform überreichte. Auf die Entgegenseitigen des Großerzogs der Deputation, Professor Brodmann, wies, daß der Großerzog seine Freude über die Versicherung ausdrückte, daß sein Verbleiben auf Abänderung der Verfassung von dem letzten großen Teile der Bevölkerung geteilt und als notwendig erkannt werde. Es sei sein erster Wille, die in Angriff genommene Verfassungsreform zur Durchführung zu bringen, um dadurch weiteren Streifen der Bevölkerung die Teilnahme an dem politischen Leben des eigenen Vaterlandes und der Landesverwaltung zu ermöglichen. Ueber die zur Erreichung dieses Zieles eventuell weiter zu ergreifenden Maßnahmen konnte





